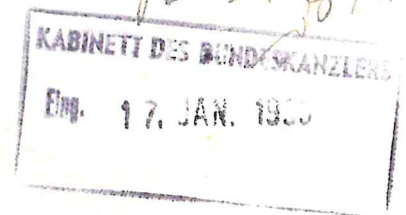


FRANZ OLAH
ZWEITER PRÄSIDENT
DES NATIONALRATES

Min.a.D. , Abgeordneter zum
Nationalrat

Bauernmarkt 6 Wien 1.,
63.53.06

WIIEN, 10.1.1966
PARLAMENT



Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Namens der DFP habe ich mich an Herrn Generaldirektor Scheidl gewandt und für unsere Partei um einen Termin in Rundfunk und Fernsehen gebeten. Wir sind der Meinung, daß die Bevölkerung ein Anrecht darauf hat, etwas über die Absichten und Ziele der Demokratischen Fortschrittlichen Partei zu erfahren.

Gleichzeitig haben wir um Sendezeiten in Rundfunk und Fernsehen für den Wahlkampf ersucht. Von Herrn Generaldirektor Scheidl haben wir eine abschlägige Antwort mit der Begründung bekommen, daß eine Weisung der Gesellschafter vorliege, wonach nur die bereits im Nationalrat vertretenen Parteien bei der Vergabe von Sendezeiten zu berücksichtigen seien.

Dieser Meinung können wir uns nicht anschließen. Schliesslich hat auch ein einzelner Abgeordneter - und das bin ich - ein Recht darauf, sich vielleicht einmal im Jahr an seine Wähler wenden zu können. Was aber eine Partei oder Wählergruppe, die in der Lage ist, in ganz Österreich Kandidatenlisten für die Nationalratswahl einzureichen, betrifft, repräsentiert sie doch schon dadurch einen Wählerwillen im bestimmten Ausmaß und kann doch nicht einfach von Rundfunk und Fernsehen während des ganzen Wahlkampfes ausgeschlossen bleiben.

Daß wir gegen eine solche Vorgangsweise protestieren, ist wohl selbstverständlich, denn sie ist ein Hohn auf die Informationsfreiheit. Es geht uns aber nicht um einen Protest aus propagandistischen Gründen. Wir wenden uns an Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, weil wir annehmen dürfen, daß diese Vorgangsweise kaum Ihre Zustimmung finden dürfte.

Daher unser Ersuchen, Sie mögen sich als der Vorsitzende der Bundesregierung und Obmann der stärksten Partei unseres Landes für eine Änderung dieser Entscheidung einsetzen.

Der Ordnung halber möchten wir Ihnen, Herr Bundeskanzler mitteilen, daß wir uns gleichzeitig an den Bundesminister für Unterricht Herrn Dr. Fißl-Percevic wenden.

An den Herrn Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft wenden wir uns nicht, da wir von dort keinerlei Verständnis für die Berücksichtigung einer anderen Partei erwarten.

Mit dem Ausdruck meiner
vorzüglichsten Hochachtung



Herrn
Bundeskanzler
Dr. Josef Klaus

Ballhausplatz
